

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: BMBWF-10.000/0216-Präs/9/2018

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 1780/J-NR/2018 betreffend „Umsetzung diverser Strategien“, die die Abg. Stephanie Cox, BA, Kolleginnen und Kollegen am 26. September 2018 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

- *Was ist der Stand bei der Umsetzung der aktuellen „Open Innovation-Strategie“? Welche Maßnahmen wurden bereits umgesetzt, welche Maßnahmen sind noch offen und bis wann sollen Letztere umgesetzt werden?*

Eingangs wird auf meinen Bericht an die Bundesregierung im Rahmen des 21. Ministerrates am 13. Juni 2018 betreffend Vorhaben zur „ZUKUNFT DIGITALISIERUNG - Die österreichischen Universitäten am Weg ins digitale Zeitalter“, abrufbar unter https://www.bundestkanzleramt.gv.at/documents/131008/877075/21_9_mrv.pdf/1e321eea-066c-4d71-8143-b757d21cfe21, verwiesen.

Für das Umsetzungsmonitoring und die Weiterentwicklung der Open Innovation Strategie wurde eine Monitoring-Gruppe eingesetzt, die im Rahmen des Forschungs- und Technologieberichts jährlich über die Umsetzungsschritte der Open Innovation Strategie an das Parlament berichtet. Im aktuellen Forschungs- und Technologiebericht 2018 (vgl. III-152 d.B. XXVI. GP, abrufbar unter https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/III/III_00152/) findet sich dieser Umsetzungsbericht im Kapitel 1.5 auf den Seiten 81-82. Ebenfalls darf auf die tabellarische Übersicht der Open Innovation Maßnahmen und Umsetzungsinitiativen im Anhang auf den Seiten 234-235 verwiesen werden.

Die Erkenntnisse dieses dem Parlament zur Kenntnis gebrachten Umsetzungsberichts sind nach wie vor aktuell, der nächste Umsetzungsbericht wird im Rahmen des Forschungs- und Technologieberichtes 2019 dem Parlament übermittelt werden.

Zu Frage 2:

- *Was ist der Stand bei der Umsetzung der aktuellen „Zukunftsstrategie Life Sciences & Pharmastandort Österreich“? Welche Maßnahmen wurden bereits umgesetzt, welche Maßnahmen sind noch offen und bis wann sollen Letztere umgesetzt werden?*

Folgende Maßnahmen der „Zukunftsstrategie Life Sciences und Pharmastandort Österreich“ wurden im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung umgesetzt und im Forschungs- und Technologiebericht 2018 (Kapitel 1.5, Seite 88) dem Parlament bereits berichtet:

- Im Rahmen des 2017 abgeschlossenen Projektes „Zukunft Hochschule“ wurde das nationale Angebot an Life Sciences-Studiengängen in Bezug auf Adäquanz und Durchlässigkeit analysiert und für passend befunden. Es wurden zahlreiche Kooperationen in Lehre und Forschung in den Life Sciences identifiziert, die in den nächsten Jahren noch weiter ausgebaut werden.
- Umsetzung wesentlicher Schritte im Aufbau des Stammzellforschungszentrums am Institut für molekulare Biotechnologie: Mittlerweile arbeiten fünf Gruppen mit insgesamt 43 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an diesem Zentrum. Zudem wurde eine Stammzellbiobank etabliert, die Stammzell-Klone für die Forschung archiviert bzw. aufbereitet.
- Vor dem Hintergrund der Umsetzung der EU-Datenschutz-Grundverordnung (Verordnung 2016/679) und der nachfolgenden Diskussionen wurden insbesondere Anforderungen in Bezug auf die Verarbeitung von Big Data in den Life Sciences diskutiert und haben letztendlich Eingang in das Datenschutz-Anpassungsgesetz 2018 - Wissenschaft und Forschung gefunden.
- Im Maßnahmenfeld Personalisierte Medizin konnten folgende Maßnahmen erfolgreich umgesetzt werden:
 - Die Österreichische Plattform für Personalisierte Medizin (ÖPPM) hat 2017 seine Arbeit aufgenommen und eine Kick-off-Konferenz mit breitem öffentlichem Interesse organisiert.
 - Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie österreichische Expertinnen und Experten haben sich in Aktivitäten und Workshops des International Consortium for Personalised Medicine – IC Per Med aktiv eingebracht.
 - Der Wissenschaftsfonds (FWF) beteiligt sich gemeinsam mit 30 weiteren Förderagenturen an einer europaweiten Ausschreibung zu personalisierter Medizin und fördert die österreichischen Partner in europäischen Forschungskonsortien.

- Klinische Studien: Etablierung einer Arbeitsgruppe unter Koordination des Bundesamts für Sicherheit im Gesundheitswesen (BASG/AGES) im Jahr 2017 mit aktiver Beteiligung des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung und der Medizinischen Universitäten, insbesondere der Ethikkommissionen, zur Vorbereitung der Umsetzung der Verordnung (EU) 2014/536 über klinische Prüfungen von Humanarzneimitteln.
- Das auf einer Crowdsourcing-Initiative basierende Forschungsprogramm der Ludwig Boltzmann Gesellschaft (LBG) im Bereich „Mental Health“ hat 2017 ein Ideas Lab organisiert. Dadurch konnten zwei interdisziplinäre Forschungsgruppen etabliert werden, die ihre Forschungsarbeit zum Thema Kinder von psychisch kranken Eltern im Jahr 2018 bereits aufgenommen haben.

Der Umsetzungszeitraum der „Zukunftsstrategie Life Sciences und Pharmastandort Österreich“ ist 2017 bis 2021.

Zu Frage 3:

- *Was ist der Stand bei der Umsetzung der aktuellen „IP-Strategie“? Welche Maßnahmen wurden bereits umgesetzt, welche Maßnahmen sind noch offen und bis wann sollen Letztere umgesetzt werden?*

Folgende Maßnahmen der IP-Strategie wurden im Bereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung umgesetzt und im Forschungs- und Technologiebericht 2018 dem Parlament bereits berichtet:

- Konsequente Nachschärfung der Schutzrechts- und Verwertungsstrategien in den laufenden und künftigen Leistungsvereinbarungen mit den Universitäten, dem IST Austria und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften: Die Strategien sollen insbesondere eine optimierte Strukturierung und Darstellung des Umgangs mit geistigem Eigentum an Forschungsergebnissen sicherstellen, das Technologietransfermanagement weiter professionalisieren und dadurch die Kooperationsaktivitäten beschleunigen.
- Forcierung des professionellen, strategische Umgang mit IP bei der Gründung eines akademischen Spin-offs: Im Rahmen des Förderprogramms „Spin-off Fellowships“ ist für die Gründung eines Unternehmens eine fundierte Schutzrechtsstrategie der Hochschule bzw. Forschungseinrichtung erforderlich.
- Forcierung von IP Skills im Rahmen von Lehr- und Weiterbildungsveranstaltungen: Durch die Projekte der regionalen Wissenstransferzentren soll möglichst breit den unmittelbaren universitären Bedarf im Bereich der Verwertbarkeit von geistigem Eigentum abgedeckt werden.
- Im Rahmen des ncp.ip (Nationale Kontaktstelle für Wissenstransfer und geistiges Eigentum) wurde die Arbeitsgruppe „Motivation und fairer Austausch in offenen Innovationsprozessen“ eingerichtet, um in weiterer Folge Guidance-Dokumente bzw. Musterverträge im Rahmen der Mustervertragsdatenbank IPAG zur Verfügung zu stellen. Die Arbeitsgruppe soll in Abstimmung mit der OI-Strategie der Bundesregierung auch dazu beitragen, internationale Entwicklungen und Good Practice darzustellen und

bei Bedarf einen Leitfaden für die Open Innovation Community zu entwickeln. Daneben sollen IP-relevante Veranstaltungen für Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und Wirtschaft angeboten werden.

- Ausbau der Vermittlung von IP-Wissen für Lehrende: An den Pädagogischen Hochschulen werden Seminare wie „Schutzrechtswissen für Lehrende“ mit Fokus Urheberrecht, Patent, Marke, Design, Verwertung von IP etc. angeboten. Die Anzahl der Teilnehmenden hat signifikant zugenommen.

Die Universitäten haben durchgehend eine Schutzrechts-und Verwertungsstrategie implementiert und legen über deren Umsetzung dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung Bericht. Im Rahmen der Leistungsvereinbarungen 2019-2021 werden mit den Universitäten Vorhaben zum Wissens-und Technologietransfer vereinbart, die der Umsetzung der Maßnahmen aus den Handlungsfeldern der IP-Strategie dienen (u.a. Weiterentwicklung der bestehenden universitären Schutzrechts-und Verwertungsstrategien unter besonderer Berücksichtigung von Open Innovation, weitere Beteiligung an den Aktivitäten der Wissenstransferzentren, Community Buildingmaßnahmen etc.).

Wien, 26. November 2018

Der Bundesminister:

Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann eh.

